

08.01.2024/br

PRESSEMITTEILUNG

(Düren.) Vertreter der Landwirtschaft und des Transportwesens haben zu Beginn dieser Woche im Rahmen einer gemeinsamen Protestaktion eine bundesweite Aktionswoche gestartet. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) im Kreis Düren unterstützt inhaltliche Forderungen der Initiatoren, auch wenn die Ampel-Regierung einige Kürzungen zurückgenommen hat.

MIT-Kreisvorsitzender Bernd Ohlemeyer: „Was die Bundesregierung macht, ist doch ein ‚fauler Kompromiss‘, denn die Streichung der Agrardieselsubvention ist auch weiterhin geplant. Mit den Kürzungen entsteht ein massiver Wettbewerbsnachteil unserer Landwirtschaft im europäischen Binnenmarkt. Steuervergünstigungen beim Agrardiesel und die Steuerbefreiung für Traktoren seien Instrumente, die besonders kleinbäuerliche und ökologisch wirtschaftende Betriebe entlasten“.

Landwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen des Transportgewerbes sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und Garant der Versorgung von Unternehmen sowie Verbrauchern mit essentiellen Gütern. So werden 72 Prozent der Güterverkehrsleistung hierzulande mit Lastkraftwagen erbracht. MIT-Kreisvorsitzender Bernd Ohlemeyer: „Die finanziellen Mehrbelastungen, die ihnen die Bundesregierung auferlegt, sind unangemessen und für die häufig familiengeführten kleinen und mittelständischen Betriebe existenzbedrohend.“ Von Kostensteigerungen infolge der jüngsten Erhöhung der LKW-Maut durch den Aufschlag auf CO₂-Emissionen sind die Unternehmen des Transportgewerbes betroffen. Bernd Ohlemeyer: „Die CO₂-Komponente in der Maut kann keine Steuerungswirkung für mehr Klimaschutz entfalten, sondern dient lediglich dazu, Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen.“ Die höheren Kosten schaden aber der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, und – da wo sie weitergegeben werden können – kommt es zu Mehrbelastungen unter anderem der Verbraucher, was wiederum die Inflation anheizt. Der MIT-Vorsitzende äußert auch Unverständnis darüber, dass durch Bemaunung des LKW-Verkehrs generierte Einnahmen künftig zweckgebunden nur zur Hälfte für die Verbesserung der Straßeninfrastruktur verwendet werden sollen: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland benötigt funktionierende Straßen, Brücken und Parkplätze“.